

Zu den Gemeindewahlen vom 24. November 2024 in Bern

Für den Stadtrat (80 Sitze) kandidieren auf 19 Listen insgesamt 535 Personen. 3 davon sind Mitglieder von AVIVO Bern, nämlich:

Anne Neustupny, (Jahrgang 1952) auf Liste 28 „Tier im Fokus“

Niklaus Baltzer (Jahrgang 1951) auf Liste 22 „Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften“

Thomas Peter (Jahrgang 1950) auf Liste 25 „Partei der Arbeit“

Martin Rothenbühler hat der Kandidatin und den Kandidaten einige Fragen gestellt. Hier die Antworten:

Anne Neustupny



Seit vielen Jahren sind mir Tier- und Naturschutz ein Anliegen. Die Gründe, um aktiv Tiere und Umwelt zu schützen, sind vielfältig: Neben dem Tierwohl, das für mich an erster Stelle steht, sind Klimaschutz, sowie Sparsamkeit als Konsumentin und Achtsamkeit gegenüber Umwelt und Natur Themen, für die ich mich täglich einsetze.

<https://tierimfokus.ch/bern/>

Niklaus Baltzer

Jetzt habe ich Jahrzehnte lang fast ausschliesslich linke junge Frauen gewählt. Wieso sollte ich nun meine Stimme plötzlich einem 73 Jahre alten Chlaus geben?

Lange Zeit waren die Frauen, und erst recht junge, massiv untervertreten. Es dominierten die weissen, alten Männer. Heute ist es umgekehrt. Über 65-jährige sind kaum mehr in den Parlamenten vertreten, obschon diese Bevölkerung fast 40% der Stimmberechtigten ausmacht. Damit entsteht zunehmend ein Gefühl der Bevormundung. Dem möchte ich mit meiner Kandidatur begegnen.



Was können die rund 23'000 Alten (65+) in der Stadt Bern konkret von einem Stadtrat Baltzer erwarten?

Als Linker habe ich ein offenes Ohr für Probleme mit sozialem Hintergrund. Die Alten dürfen nicht aus-, sie müssen vielmehr in unsere Gesellschaft eingegliedert werden!

Was heisst für Dich ein „SOZIALES BERN“ (Wahlslogan der SP) bezogen auf die Alten, Armen, Unterprivilegierten?

Vereinsamung und Ausgrenzung sind meiner Meinung nach die Hauptursachen der Probleme. Als Gesellschaft müssen wir für ein menschliches Zusammenleben eintreten. Als Mensch mit einem

christlichen Hintergrund stelle ich mich gegen jede Form von Ausgrenzung.

Bist Du zufrieden mit der Art und Weise der Kontrolle, welche der Stadtrat zurzeit über die Stadtverwaltung ausübt?

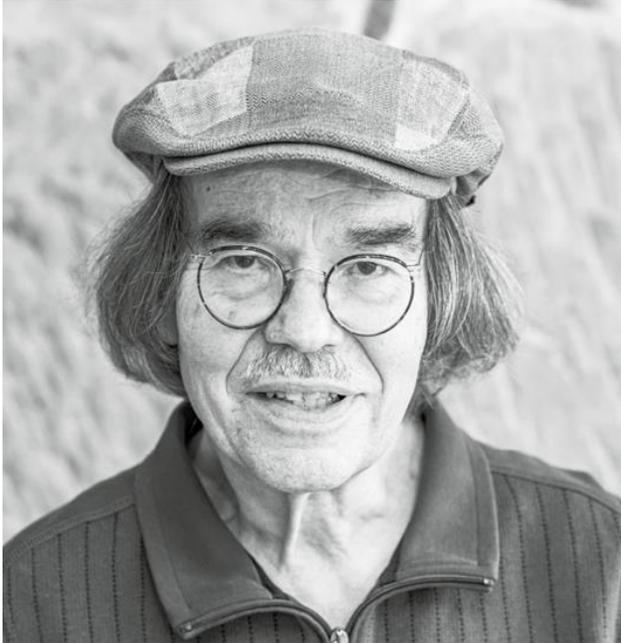
Diese Frage erwischt mich auf dem linken Fuss, denn ich kenne die Situation zu wenig, um eine allgemeine Aussage machen zu können. Ich kenne höchstens einzelne Fälle, über die mit Missmut berichtet und die Verwaltung kritisiert wird. Im Grossen und Ganzen denke ich aber, dass die Verwaltung der Bevölkerung dient und nicht umgekehrt. Wichtig ist aber auch, dass die Verwaltung mit Kritik umgehen und sich an solcher verbessern kann.

Müsste die Stadt Bern mehr dafür tun, um sicherzustellen, dass alle Bewohner:innen, welche ein Recht auf Ergänzungsleistungen hätten, ihr Recht tatsächlich wahrnehmen können?

Leider sind die AHV-Renten weit vom Verfassungsauftrag entfernt, existenzsichernd zu sein. Die Ergänzungsleistungen sollen dazu beitragen, diese Lücke zu schliessen. Während auf AHV-Leistungen ein automatischer Rechtsanspruch besteht, müssen Ergänzungsleistungen von Betroffenen ausdrücklich eingefordert werden. Das ist für Betroffene nicht nur aufwändig, sondern oft auch erniedrigend. Es ist deshalb angebracht, wenn die Gemeinde hilft, sicherzustellen, dass diese Leistungen von den Berechtigten eingefordert werden können.

Thomas Peter

Jetzt habe ich Jahrzehnte lang fast ausschliesslich linke junge Frauen gewählt. Wieso sollte ich nun meine Stimme plötzlich einem 74-jährigen Kandidaten Thomas Peter geben?



Die Berner Stadtratswahlen basieren auf dem Verhältniswahlrecht. Da geht es zuerst einmal um die Anzahl Listenstimmen, die jede Partei erhält. Du solltest mich wählen, und noch viele andere auf meiner Liste, am besten die ganze Liste 25 einwerfen oder auf einem amtlichen Wahlzettel oben 'Liste 25 PdA' hinschreiben, damit die politische Tendenz, welche die Partei der Arbeit vertritt, gestärkt wird! - Dass ich 74 Jahre alt bin, hat übrigens auch einige Vorteile: weil ich schon vor 50 Jahren politisch aktiv war, damals bei den Progressiven Organisationen (POCH), habe ich durchaus auch einen kritischen Blick auf die heutige Entwicklung der Linken nach Jahrzehnten der Hegemonie von RGM.

Was dürfen die rund 23'000 Alten (65+) in der Stadt Bern konkret von einem Stadtrat Peter erwarten?

Der Stadtrat Peter wäre zwar aus eigener Betroffenheit sensibilisiert für die Anliegen der älteren Bevölkerung. Aber nach meinem politischen Verständnis wäre ich nicht in erster Linie Lobbyist für die Alten. Sondern ich wäre vor allem ein Vertreter der Forderungen, die in unserem Wahlflyer 'Liste 25 Partei der Arbeit Bern' skizziert sind. An der Ausformulierung dieses Wahlprogramms war ich selber mitbeteiligt.

Wie sähe für Dich ein „altersfreundliches Bern“ aus?

Wie eine altersfreundliche Stadt aussehen sollte, dazu gibt es ausführliche Befragungen von älteren Menschen, auch von der Stadt Bern durchgeführt. In Kürze kann ich hier bloss einige persönliche Akzente setzen.

- Die Wohnungsnot betrifft besonders auch ältere Menschen. Ein allfälliger Wohnungswechsel (z. B. weil die jetzige Wohnung nicht hindernisfrei ist) hätte fast immer einen höheren Mietzins zur Folge. Hier liegt es an der Stadt, durch ihre Wohnpolitik, durch städtischen Wohnungsbau oder auch durch Erwerb bestehender Liegenschaften, das Angebot an bezahlbaren Wohnungen zu erweitern. Es braucht auch genügend Wohnformen für unterschiedliche Bedürfnisse (z. B. altersdurchmischte Wohnformen, Genossenschaftswohnungen, Alterswohnungen, Pflegewohngruppen).
- In einer altersfreundlichen Stadt sollte es Gratis-ÖV geben. Abgesehen vom ökologischen Aspekt erhöht Gratis-ÖV die Lebensqualität in einer Stadt, auch in ihren Aussenquartieren. Er unterstützt Personen mit knappem Budget dabei, sich im ganzen Stadtgebiet frei zu bewegen, für die täglichen Verrichtungen und für die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

AVIVO Bern

Gotthelfstrasse 14, 3013 Bern

- Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs würde übrigens noch erhöht mit breiteren Dächern bei den ÖV-Haltestellen, wo je nach Tageszeit manchmal längere Wartezeiten erforderlich sind.
- Eine altersfreundliche Stadt hat ein Netz von Gehwegen, von den Strassen und Velowegen gut abgetrennt, mit genügend Sitzbänken, unter Schatten spendenden Bäumen.
- Sitzgelegenheiten ohne Konsumationszwang braucht es auch auf den Plätzen und überall im öffentlichen Raum. Ebenso braucht es genügend öffentliche WCs, hindernisfrei und auch abends zugänglich.
- Für ältere Menschen muss es möglich bleiben, sich auch abends ohne Probleme und angstfrei zu bewegen. Kulturelle Anlässe und Anlässe mit einem altersgemischtem Publikum finden ja unter der Woche meist abends statt.
- Sogar wenn Energie sparen angesagt ist, braucht es am Abend eine ausreichende Strassenbeleuchtung (ev. ein elektronisches System mit Bewegungsmeldern).
- Es fällt auf, dass eine altersfreundliche Stadt viele Gemeinsamkeiten hat mit einer Stadt, die auch für Kinder tauglich ist oder für Menschen mit Behinderungen. In diesem Sinne wünsche ich mir eine allgemein freundliche Stadt – und mit einer guten Durchmischung der Altersgruppen in allen Quartieren!

Bist Du zufrieden mit der Art und Weise der Kontrolle, welche der Stadtrat zurzeit über die Stadtverwaltung ausübt?

Schon seit längerer Zeit besteht das Problem, dass der Gemeinderat als Exekutive in vielen Bereichen vorgibt, welche Politik die Stadt zu verfolgen habe. Eigentlich wäre es ja die Rolle des Stadtrates als Parlament, die politischen Grundsatzentscheidungen zu diskutieren und zu verhandeln. Aber diese Aufgabe nimmt das Stadtparlament nur ungenügend wahr. Dass der Stadtrat auch Mühe hat, die notwendige Kontrolle über die Stadtverwaltung auszuüben, passt zu dieser Situation. Natürlich ergeben sich auch Loyalitätskonflikte, wenn die RGM-ParlamentarierInnen die eigenen Regierungsmitglieder kontrollieren sollen. – Auch dies ein Grund, PdA zu wählen, als Partei, die nicht in RGM eingebunden ist.

Müsste die Stadt Bern mehr dafür tun, um sicherzustellen, dass alle Bewohner:innen, welche ein Recht auf Ergänzungsleistungen EL hätten, ihr Recht tatsächlich wahrnehmen können?

Ja. – Wer die Menschen, die Anrecht auf EL haben, vorbildlich informiert und unterstützt, ist PRO SENECTUTE. Die Stadt müsste diese Information und Unterstützung, wie PRO SENECTUTE sie macht, vermehrt selber übernehmen. Das hätte den Vorteil, dass die betreffenden Personen die EL als eine staatliche Leistung wahrnehmen würden, die ihnen unter bestimmten Bedingungen zusteht, und nicht als eine Art Sozialhilfe oder Almosen.
